

Beitrag für DIE WELT

Präsident Hollande hat vor einer Woche die Diskussion um Eurobonds neu belebt. Zwar weiß er, dass die Maastricht-Verträge eine Gemeinschaftshaftung der Eurostaaten verbieten. Er muss davon ausgehen, dass der Bundestag die Aufhebung dieses Verbots nicht ratifizieren wird. Er muss damit rechnen, dass die Belastungen aus der Gemeinschaftshaftung für Eurobonds neben Deutschland vor allem Frankreich treffen und seine Bonität belasten werden. Was also kann ihn, abgesehen von anstehenden Parlamentswahlen, veranlassen, sich erneut die Forderung nach Eurobonds zu Eigen zu machen?

Sieht man die Frage im historischen Kontext, könnte man annehmen, Hollande wolle damit zugleich Fragen aufwerfen, die zwischen beiden Staaten geklärt werden müssen. Weder von Mitterand, noch von Chirac noch von Sarkozy wurden sie wirklich thematisiert. Dabei stehen vor allem drei Komplexe im Vordergrund, die das Zusammenwirken Frankreichs und Deutschlands immer wieder beeinflussen und erschweren.

Als erstes geht es um das politische Gleichgewicht zwischen Frankreich und Deutschland. Seit der Wiedervereinigung und dem Ende des kalten Krieges hat es sich zu Lasten der außenpolitischen und militärischen Möglichkeiten Frankreichs und zu Gunsten der wirtschaftspolitischen Bedeutung Deutschlands verändert. Die mit den Verträgen von Maastricht eingeleitete Integration der Stärken Deutschlands durch die Europäisierung der D-Mark und der Bundesbank hat daran, schon wegen der Beibehaltung der nationalstaatlichen Bewertungen, bisher nur wenig verändert.

Zum zweiten geht es um die Position Frankreichs als Mittler zwischen den Mitgliedstaaten nördlich der Alpen und den Mittelmeerstaaten der Europäischen Union. Versuche, im Mittelmeerraum die europäischen Anlieger und Nordafrika durch eine Gemeinsamkeit der Interessen zu verbinden, waren bisher nicht erfolgreich. Der Barcelona-Prozess, mit vielen Hoffnungen begonnen, blieb weitgehend unwirksam. Sarkozys Bemühungen, ihn unter französischer Führung neu zu beleben, verliefen im Sande. Es kam nicht zur Entwicklung einer einheitlichen Mittelmeer-Politik. Als die nordafrikanische Welt begann, sich tiefgreifend zu verändern, war Europa an den Ereignissen eher peripher beteiligt. Die Überzeugung, mit der Eurokrise würde zugleich über das Schicksal Europas entschieden, lähmte seinen außenpolitischen Gestaltungswillen.

Frankreich fühlt sich gleichwohl aus strategischen und historischen Gründen für die Mittelmeerstaaten der EU besonders verantwortlich. Seine Forderung nach Eurobonds findet auch hier eine Erklärung. Auch vor diesem Hintergrund stößt sie auf den Widerstand der Eurostaaten nördlich der Alpen.

Zum dritten geht es um grundsätzliche Unterschiede der politischen Ordnungsvorstellungen Frankreichs und Deutschlands, um die Philosophien, die die Governance beider Staaten, die Ordnung ihrer Wirtschaft und ihrer sozialen Systeme bestimmen. Sie spielten bereits bei den Beratungen der Römischen Verträge Mitte der 1950er Jahre eine wichtige Rolle. Konkret trennte die Nachbarn schon damals die Frage, ob die angestrebte Integration der nationalen Volkswirtschaften besser auf der Grundlage der sozialen Marktwirtschaft und ihrer Wettbewerbsordnung oder im Rahmen einer ordnenden und gestaltenden und damit staatlich beeinflussten „Planification“ erreicht werden könnte.

Der Konflikt zwischen den unterschiedlichen Grundsatzpositionen besteht im Grunde bis heute fort. Er zieht sich durch wichtige europäische Dokumente, wie die Lissabon-Agenda und die Agenda 2020 ebenso wie durch die Arbeit der europäischen Kommission. Solange es allein um die Integration der Wirtschaft ging, konnte man mit den unterschiedlichen Philosophien der beiden Kernstaaten der EU leben, auch wenn sie immer wieder zu Formelkompromissen zwangen. Seit dem Übergang zu einer wirklichen Politischen Union Europas ist das nicht länger möglich. Er verlangt eine Reihe wichtiger Verständigungen, die auch die Verfassung der Union berühren: so zur Rolle des nationalen Staates und zunehmend auch der europäischen Institutionen, zu den staatlichen Befugnissen, den Grenzen seines fiskalischen Verhaltens und zum Verhältnis des Staates zur Ordnung der Wirtschaft und des Sozialen. Versuche einer derartigen Verständigung wurden mit der Währungsunion zwar eingeleitet. Aber sie wurden ebenso wenig zu Ende geführt wie die Entwicklung der für eine Währungsunion unverzichtbaren Institutionen.

Mit seiner Forderung nach Eurobonds begehrt Hollande im Grunde auch die Klärung dieser noch offenen Grundsatzfragen. Es geht um gemeinsame, belastbare und dauerhafte Antworten. Dabei ist Frankreich, soweit es um die strukturellen Konsequenzen geht, in einer ungünstigeren Lage. Denn politische und wirtschaftliche Stabilität erlangen strukturelle Reformen: eine Dezentralisation staatlicher Zuständigkeiten, die Liberalisierung der Wirtschaft durch ihre behutsame Entstaatlichung, ein neues Gleichgewicht zwischen staatlicher Sozialpolitik und persönlicher Verantwortung und die Anpassung des Schul- und Bildungssystems an die Bedingungen der Globalisierung. Strukturelle Reformen sind jedoch mit wesentlich höheren politischen Kosten verbunden als die Erweiterung politischer Handlungsspielräume durch Staatsverschuldung oder durch Wirtschaftswachstum, das nicht auf erfolgreichen Strukturreformen beruht. Deutschland ist hier weiter. Daraus ergeben sich für Parlament und Regierung in Berlin zusätzliche Verantwortungen; gegenüber Frankreich ebenso wie gegenüber dem in Deutschland bereits erreichten Entwicklungsstand.

All das hat jedoch zur Voraussetzung: die Europäer müssen sich, angeführt von Frankreich und Deutschland, auf ihre eigentliche, geschichtlich ebenso wie durch die veränderte Welt geprägte Verantwortung für die eigene und die Zukunft der Welt besinnen. Europa muss sich aus der, durch die Eurokrise bedingte Selbstreflexion lösen. Sie schwächt den Kontinent, macht ihn zunehmend von den Einflüssen globaler Entwicklungen abhängig und mindert seine Möglichkeiten, auf die Gestaltung der globalen Ordnung einzuwirken.

Gemessen an den gegenwärtigen politischen Prioritäten Frankreichs und Deutschlands müssen die Belastungen, die sich aus der Überwindung der Eurokrise ergeben, kaum verkraftbar erscheinen. Doch im Vergleich mit den Kosten eines unfriedlichen Europa und den Herausforderungen, vor die uns die Globalisierung unseres Lebens stellt, verlieren sie an Gewicht. Europa sollte deshalb seinen politischen Horizont neu definieren. Seine Jahrhunderte globaler Vergangenheit werden dabei seine heutige Verantwortung für die Welt und seine zukünftige globale Rolle ebenso mitbestimmen wie seine Kultur und sein Wissen. Die Last seiner Anstrengungen bei der Überwindung der innereuropäischen Krisen sollte Europa an den Gewinnen messen, die es aus der gemeinsamen Teilnahme an der Gestaltung der globalen Ordnung ziehen wird. Gewinne, der weit über die ökonomischen und finanziellen Dimensionen hinaus seine dauerhafte Bedeutung und Unverzichtbarkeit in einer Welt sichern werden, in der die Europäer nur eine kleine Minderheit sind.

